



RLP hinkt beim Anteil beschäftigter Frauen hinterher

In den letzten Jahren ist die Zahl der Frauen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen immer weiter angestiegen. Mitte vergangenen Jahres waren in Rheinland-Pfalz 677.500 Frauen sozialversicherungspflichtig tätig, wie die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit mitteilte. Im Vergleich zum Jahr 2011 waren somit 102.200 Frauen oder 17,8 Prozent mehr erwerbstätig.

Insbesondere die Teilzeitbeschäftigung hat zugenommen. Vom Jahr 2011 bis 2021 erhöhte sich die Teilzeitbeschäftigung der Frauen um 82.850 oder 31,0 Prozent auf 350.200 Beschäftigte. Die Vollzeitbeschäftigung ist dagegen in diesem Zeitraum lediglich um 25.200 oder 8,3 Prozent auf 327.300 beschäftigte Frauen gestiegen. „Diese Zahlen belegen eindeutig, dass Teilzeitbeschäftigung unverändert eine Frauendomäne ist. Fast 81 Prozent der Teilzeitarbeitsverhältnisse werden von Frauen ausgeübt“, so Heidrun Schulz, Chefin der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland. „Frauen sind häufiger durch Kinderbetreuung und häusliche Pflege gebunden. Oft ist dies ein Grund für die Teilzeitbeschäftigung. Diese Teilzeitbeschäftigung birgt ein hohes Altersarmutsrisiko. Die mit verkürzter Arbeitszeit verbundenen Lohnverluste führen dazu, dass der Aufbau einer eigenständigen Alterssicherung oft nicht ausreichend ist.“

Mehr als die Hälfte der Frauen arbeiten im Gesundheits- und Sozialwesen, im Handel und im verarbeitenden Gewerbe. Gemessen an allen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen betrug der Anteil im Gesundheits- und Sozialwesen 27,0 Prozent, im Handel 15,4 Prozent und im Verarbeitenden Gewerbe 11,0 Prozent.

Die Beschäftigungsquote der Frauen in Rheinland-Pfalz betrug im Jahr 2021 55,4 Prozent und somit einen Prozentpunkt mehr als im Jahr 2020. Eine geringere Beschäftigungsquote wiesen lediglich Bremen mit 52,3 Prozent, das Saarland mit 54,2 Prozent und Nordrhein-Westfalen mit 54,4 Prozent aus. Bezogen auf Deutschland lag die Beschäftigungsquote der Frauen im letzten Jahr bei 58,0 Prozent.

„Diese Zahlen belegen, dass die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt gesteigert werden kann. Die Beschäftigungsquote der Männer lag mit 63,0 Prozent deutlich höher“, so Schulz. „Die Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt in den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern bieten Frauen vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten an. Diese reichen von Vermittlung und Beratung über notwendige Qualifizierung, Telefonaktionstage, frauenspezifische Veranstaltungen bis hin zu Bewerbungseminaren sowie Coachingmaßnahmen.“

Teilzeitausbildung als Chance

So werben die Beauftragten für Chancengleichheit auch für die Möglichkeit der Teilzeitausbildung. In diesen Fällen einigen sich Auszubildende und Betrieb auf eine individuelle Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit. Somit kann die Ausbildungszeit an die betrieblichen Abläufe und die Bedürfnisse der Auszubildenden angepasst werden. Eine Teilzeitausbildung ist in allen dualen Berufsausbildungen möglich. Sie führt zu einer Verlängerung der Ausbildungsdauer. Dabei spielen die schulische Vorbildung sowie eventuell vorhandene Berufserfahrung der Auszubildenden eine Rolle. BA

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de



Kraftstoffpreise Mitte März in Mainz

Handwerk steht hinter den Sanktionen gegen Russland

UKRAINE: Auswirkungen sind in den Betrieben zu spüren – Kammern und Verbände hoffen auf Steuererleichterungen.

VON ANDREAS SCHRÖDER

Mehrere Wochen nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine sorgt der Krieg in Europa weiter für Entsetzen. Auch das rheinland-pfälzische Handwerk spürt inzwischen die wirtschaftlichen Auswirkungen des Konflikts, wie Vertreter der Handwerkskammern und der Landesverbände bestätigen. Dennoch gebe es unter den Wirtschaftsvertretern im Land eine große Einigkeit, wie Anja Obermann, Hauptgeschäftsführerin der Handwerkskammer Rheinhessen und Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern Rheinland-Pfalz, nach einem Krisengespräch mit dem Wirtschaftsministerium Anfang März berichtete: „Die Wirtschaft stehe im großen Maß hinter den Sanktionen gegen Russland.“ „Bevor wir über die wirtschaftlichen Folgen sprechen, darf und muss ich an erster Stelle meine Betroffenheit und mein Mitgefühl mit der Bevölkerung in diesem Krieg zum Ausdruck bringen“, sagt auch Thomas Weiler, Hauptgeschäftsführer der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz. Aber, so Weiler, neben der erschütternden humanitären Katastrophe gebe es auch wirtschaftlich nichts zu beschönigen.



Die Einschränkungen für die Betriebe werden für viele Gewerke massiv und in ihrer Komplexität noch gar nicht absehbar sein.

DIRK FISCHER
PRÄSIDENT DER
HANDWERKSKAMMER DER PFALZ

Betrachte man die Konjunktur der Gesamtwirtschaft, stehe das Handwerk noch vergleichsweise gut da, erklärt Ralf Hellrich, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Koblenz. Aber Steigerungen bei den Kraftstoffpreisen oder beim Materialeinkauf und die starke Inflation seien Probleme, die alle belasten. „Betroffen sind die energieintensiven Gewerke und ich nenne Betriebe mit entsprechender Maschinenteknik wie Steinmetz- oder Tischlerbetriebe, Bäckereien. Und natürlich die Unternehmen mit Fuhrparkflotte“, so Hellrich. Gerade im ländlichen Raum spiele Mobilität eine große Rolle. „Schon jetzt erkennbar sind etwa Preiserhöhungen bei Bitumen und Stahl. Bauunternehmen verzeichnen weniger Angebote bei Stahlmatten, Träger, Stabstahl und Blechen. Auch Rohre und Aluminiumprodukte sind be-

troffen. Zu erwarten sind in den nächsten Wochen auch Auswirkungen auf den zuletzt ohnehin angespannten Holzmarkt“, ergänzt Obermann. Die massiven Anstiege der Diesel- und Benzinpreisen wirkten sich natürlich nicht nur auf die privaten Haushalte aus, sagt Thomas Weiler. „Unsere Mitglieder erhalten täglich Ankündigungen von Lieferanten oder Herstellern. Dort wird schlicht und einfach angekündigt, dass die Preise wöchentlich an den Dieseldurchschnittspreis angepasst werden. Die Unternehmen sollen und müssen dann sehen, wie sie und ihre Kunden damit zurecht kommen.“

Dreifach betroffen

Besonders schwer betroffen von den wirtschaftlichen Auswirkungen sind Bäcker und Konditoren, wie Stefan Körber, Hauptgeschäftsführer des Bäckerinnungsverbands Südwest, bestätigt. Man denke natürlich zuerst an die Lieferfahrzeuge und an die Preissteigerungen, die jeder von der Tankstelle kennt. „Noch schlimmer als die Spritpreise ist aber die Entwicklung der Energiekosten für die Backstuben“, so Körber. Denn das Bäckerhandwerk ist von der Kühlung bis zu den Öfen sehr energieintensiv. So lange Lieferverträge nicht neu verhandelt werden müssen, bleibe das Problem überschaubar. Ein Einzelfall aus den vergangenen Wochen illustrierte aber, was der Branche bevorstehe: In seinem auslaufenden Vertrag habe der betroffene Bäcker 9 Cent für die Kilowattstunde gezahlt. Inzwischen könne er kein Angebot unter 49 Cent mehr finden. Die Energiekosten machten grob sechs Prozent am Preis einer Backware aus, erläutert Körber. „Wenn sich die Energiepreise vervielfachen, hat das Auswirkungen.“ Folgen werden auch die wegfallenden Getreideexporte aus der Ukraine und aus Russland haben. Zwar gebe es in Europa genügend Getreide, um die Bevölkerung zu versorgen – die Ukraine habe in erster Linie die Türkei und Südostasien beliefert – aber der Anstieg des Weltmarktpreises wirke sich auch auf den europäischen Markt aus. Körber rechnet damit, dass Mehl um zirka 25 Prozent teurer wird. Wann sich diese Preissteigerungen in den Backstuben und beim Kunden bemerkbar machen, hänge von den Laufzeiten der Lieferverträge zwischen Landwirten, Mühlen und Bäckereien ab. „Die Situation ist diffus“, so Körber.

Mit einer Einschätzung der weiteren Entwicklung tut man sich auch in den Handwerkskammern schwer. Hoffnung auf eine baldige Entspannung gibt es aber kaum. „Die Einschränkungen für die Betriebe werden für viele Gewerke massiv und in ihrer Komplexität noch gar nicht absehbar sein“, sagt Dirk Fischer, Präsident der Handwerkskammer der Pfalz. „Je länger der Konflikt andauert, desto stärker werden Lieferkettenunterbrechungen, Material- und Energieengpässe den gesamten europäischen Binnenmarkt und somit auch das Handwerk in Deutschland treffen.“



Über dem Landtag in Mainz wehte nach Beginn des Krieges die ukrainische Flagge.

Axel Bettendorf, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Trier, stuft die Situation ähnlich ein: „In absehbarer Zeit werden die Verhältnisse vermutlich nicht mehr so sein, wie vor dem Krieg in der Ukraine. So werden wir uns wohl oder übel an Spritpreise von mehr als zwei Euro gewöhnen müssen.“ Selbst wenn sich die politische Lage entspanne, werde der Kostenschub bleiben, glaubt Bettendorf. „Daher ist zu befürchten, dass auch das Handwerk seine Preise dauerhaft deutlich anheben muss.“ Auch bei der Bauwirtschaft glaubt man nicht an eine schnelle Entlastung. „Das Handwerk kann nur bestehen, wenn Aufträge abgeschlossen und zumindest kostendeckend abgearbeitet werden können. Bleibt es bei der aktuellen Entwicklung, können Kurzarbeit und Entlassungen nicht ausgeschlossen werden“, zeichnet Thomas Weiler ein düsteres Bild.

Transparenz gegenüber dem Kunden

Den Betrieben raten die Handwerkskammern, bei der Angebotserstellung auf Festpreise für Material zu verzichten und wenn möglich einen Energiekostenzuschlag zu vereinbaren. Die Rechtsabteilung der Handwerkskammer Koblenz bereite bereits entsprechende Vertragsformulierungen für die Mitgliedsbetriebe vor, berichtet Ralf Hellrich. Bedeutend sei, Transparenz für den Kunden zu schaffen und Preisgleitklauseln einzuführen. Diese Meinung teilt auch Axel Bettendorf: Es sei „nur fair, wenn sich

der Handwerker und sein Kunde das Risiko von Preisveränderungen“ teilen. „Trotz der relativ hohen Inflationsrate sollten genügend liquide Mittel vorhanden sein, damit unerwartete Auftragsausfälle kompensiert werden können“, rät Dirk Fischer und ergänzt. „Der Krieg macht außerdem sehr deutlich, wie wichtig auch eine gute betriebliche IT-Sicherheit ist.“

Von der Politik erwarte das Handwerk, „dass sie sich für eine sichere Energieversorgung zu tragfähigen Preisen“ einsetze, so Bettendorf. „Der Ausbau alternativer Energieträger muss jetzt deutlich beschleunigt werden. Deutschland muss autark werden, seine Abhängigkeit von Gas-, Öl- und Kohleimporten aus Diktaturen beenden.“ Ein Weg zu stabilen Energie- und Kraftstoffpreisen könnten Steuersenkungen sein, sind sich Dirk Fischer und Ralf Hellrich einig. „Ich nenne nur die Besteuerung von Kraftstoffen und es ist nun mal Fakt: Aktuell sprudeln auch die Steuern bei jeder Tankfüllung mehr als je zuvor in die Staatskasse. Hier erwarte ich eine zeitweilige Senkung der Besteuerung von Energien für Betriebe und deren Mitarbeiter“, so Ralf Hellrich.

Stefan Körber unterstreicht, dass man sich im Handwerk durchaus bewusst sei, wie sehr die Krise auch die Mitarbeiter und deren Lebenshaltungskosten betreffe. Für den Bäckerinnungsverbands Südwest fordert er daher eine Anhebung der Kilometerpauschale auf möglichst 38 Cent.



Kraftstoffpreise Mitte März in Mainz

Handwerk steht hinter den Sanktionen gegen Russland

UKRAINE: Auswirkungen sind in den Betrieben zu spüren – Kammern und Verbände hoffen auf Steuererleichterungen.

VON ANDREAS SCHRÖDER

Mehrere Wochen nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine sorgt der Krieg in Europa weiter für Entsetzen. Auch das rheinland-pfälzische Handwerk spürt inzwischen die wirtschaftlichen Auswirkungen des Konflikts, wie Vertreter der Handwerkskammern und der Landesverbände bestätigen. Dennoch gebe es unter den Wirtschaftsvertretern im Land eine große Einigkeit, wie Anja Obermann, Hauptgeschäftsführerin der Handwerkskammer Rheinhessen und Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern Rheinland-Pfalz, nach einem Krisengespräch mit dem Wirtschaftsministerium Anfang März berichtete: Die Wirtschaft stehe im großen Maß hinter den Sanktionen gegen Russland. „Bevor wir über die wirtschaftlichen Folgen sprechen, darf und muss ich an erster Stelle meine Betroffenheit und mein Mitgefühl mit der Bevölkerung in diesem Krieg zum Ausdruck bringen“, sagt auch Thomas Weiler, Hauptgeschäftsführer der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz. Aber, so Weiler, neben der erschütternden humanitären Katastrophe gebe es auch wirtschaftlich nichts zu beschönigen.



Die Einschränkungen für die Betriebe werden für viele Gewerke massiv und in ihrer Komplexität noch gar nicht absehbar sein.

DIRK FISCHER
PRÄSIDENT DER
HANDWERKSKAMMER DER PFALZ

Betrachte man die Konjunktur der Gesamtwirtschaft, stehe das Handwerk noch vergleichsweise gut da, erklärt Ralf Hellrich, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Koblenz. Aber Steigerungen bei den Kraftstoffpreisen oder beim Materialeinkauf und die starke Inflation seien Probleme, die alle belasten. „Betroffen sind die energieintensiven Gewerke und ich nenne Betriebe mit entsprechender Maschinenteknik wie Steinmetz- oder Tischlerbetriebe, Bäckereien. Und natürlich die Unternehmen mit Fuhrparkflotte“, so Hellrich. Gerade im ländlichen Raum spiele Mobilität eine große Rolle. „Schon jetzt erkennbar sind etwa Preiserhöhungen bei Bitumen und Stahl. Bauunternehmen verzichten weniger Angebote bei Stahlmatten, Träger, Stabstahl und Blechen. Auch Rohre und Aluminiumprodukte sind be-

troffen. Zu erwarten sind in den nächsten Wochen auch Auswirkungen auf den zuletzt ohnehin angespannten Holzmarkt“, ergänzt Obermann. Die massiven Anstiege der Diesel- und Benzinpreisen wirkten sich natürlich nicht nur auf die privaten Haushalte aus, sagt Thomas Weiler. „Unsere Mitglieder erhalten täglich Ankündigungen von Lieferanten oder Herstellern. Dort wird schlicht und einfach angekündigt, dass die Preise wöchentlich an den Dieseldurchschnittspreis angepasst werden. Die Unternehmen sollen und müssen dann sehen, wie sie und ihre Kunden damit zu recht kommen.“

Dreifach betroffen

Besonders schwer betroffen von den wirtschaftlichen Auswirkungen sind Bäcker und Konditoren, wie Stefan Körber, Hauptgeschäftsführer des Bäckerinnungsverbands Südwest, bestätigt. Man denke natürlich zuerst an die Lieferfahrzeuge und an die Preissteigerungen, die jeder von der Tankstelle kennt. „Noch schlimmer als die Spritpreise ist aber die Entwicklung der Energiekosten für die Backstuben“, so Körber. Denn das Bäckerhandwerk ist von der Kühlung bis zu den Öfen sehr energieintensiv. So lange Lieferverträge nicht neu verhandelt werden müssen, bleibe das Problem überschaubar. Ein Einzelfall aus den vergangenen Wochen illustrierte aber, was der Branche bevorstehe: In seinem auslaufenden Vertrag habe der betroffene Bäcker 9 Cent für die Kilowattstunde gezahlt. Inzwischen könne er kein Angebot unter 49 Cent mehr finden. Die Energiekosten machten grob sechs Prozent am Preis einer Backware aus, erläutert Körber. „Wenn sich die Energiepreise verfünffachen, hat das Auswirkungen.“ Folgen werden auch die wegfallenden Getreideexporte aus der Ukraine und aus Russland haben. Zwar gebe es in Europa genügend Getreide, um die Bevölkerung zu versorgen – die Ukraine habe in erster Linie die Türkei und Südostasien beliefert – aber der Anstieg des Weltmarktpreises wirke sich auch auf den europäischen Markt aus. Körber rechnet damit, dass Mehl um zirka 25 Prozent teurer wird. Wann sich diese Preissteigerungen in den Backstuben und beim Kunden bemerkbar machen, hänge von den Laufzeiten der Lieferverträge zwischen Landwirten, Mühlen und Bäckereien ab. „Die Situation ist diffus“, so Körber.

Mit einer Einschätzung der weiteren Entwicklung tut man sich auch in den Handwerkskammern schwer. Hoffnung auf eine baldige Entspannung gibt es aber kaum. „Die Einschränkungen für die Betriebe werden für viele Gewerke massiv und in ihrer Komplexität noch gar nicht absehbar sein“, sagt Dirk Fischer, Präsident der Handwerkskammer der Pfalz. „Je länger der Konflikt andauert, desto stärker werden Lieferkettenunterbrechungen, Material- und Energieengpässe den gesamten europäischen Binnenmarkt und somit auch das Handwerk in Deutschland treffen.“



Über dem Landtag in Mainz wehte nach Beginn des Krieges die ukrainische Flagge.

Axel Bettendorf, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Trier, stuft die Situation ähnlich ein: „In absehbarer Zeit werden die Verhältnisse vermutlich nicht mehr so sein, wie vor dem Krieg in der Ukraine. So werden wir uns wohl oder übel an Spritpreise von mehr als zwei Euro gewöhnen müssen.“ Selbst wenn sich die politische Lage entspanne, werde der Kostenschub bleiben, glaubt Bettendorf. „Daher ist zu befürchten, dass auch das Handwerk seine Preise dauerhaft deutlich anheben muss.“ Auch bei der Bauwirtschaft glaubt man nicht an eine schnelle Entlastung. „Das Handwerk kann nur bestehen, wenn Aufträge abgeschlossen und zumindest kostendeckend abgearbeitet werden können. Bleibt es bei der aktuellen Entwicklung, können Kurzarbeit und Entlassungen nicht ausgeschlossen werden“, zeichnet Thomas Weiler ein düsteres Bild.

Transparenz gegenüber dem Kunden

Den Betrieben raten die Handwerkskammern, bei der Angebotserstellung auf Festpreise für Material zu verzichten und wenn möglich einen Energiekostenzuschlag zu vereinbaren. Die Rechtsabteilung der Handwerkskammer Koblenz bereite bereits entsprechende Vertragsformulierungen für die Mitgliedsbetriebe vor, berichtet Ralf Hellrich. Bedeutend sei, Transparenz für den Kunden zu schaffen und Preisgleitklauseln einzuführen. Diese Meinung teilt auch Axel Bettendorf: Es sei „nur fair, wenn sich

der Handwerker und sein Kunde das Risiko von Preisveränderungen“ teilten. „Trotz der relativ hohen Inflationsrate sollten genügend liquide Mittel vorhanden sein, damit unerwartete Auftragsausfälle kompensiert werden können“, rät Dirk Fischer und ergänzt. „Der Krieg macht außerdem sehr deutlich, wie wichtig auch eine gute betriebliche IT-Sicherheit ist.“

Von der Politik erwarte das Handwerk, „dass sie sich für eine sichere Energieversorgung zu tragfähigen Preisen“ einsetze, so Bettendorf. „Der Ausbau alternativer Energieträger muss jetzt deutlich beschleunigt werden. Deutschland muss autark werden, seine Abhängigkeit von Gas-, Öl- und Kohleimporten aus Diktaturen beenden.“ Ein Weg zu stabilen Energie- und Kraftstoffpreisen könnten Steuersenkungen sein, sind sich Dirk Fischer und Ralf Hellrich einig. „Ich nenne nur die Besteuerung von Kraftstoffen und es ist nun mal Fakt: Aktuell sprudeln auch die Steuern bei jeder Tankfüllung mehr als je zuvor in die Staatskasse. Hier erwarte ich eine zeitweilige Senkung der Besteuerung von Energien für Betriebe und deren Mitarbeiter“, so Ralf Hellrich.

Stefan Körber unterstreicht, dass man sich im Handwerk durchaus bewusst sei, wie sehr die Krise auch die Mitarbeiter und deren Lebenshaltungskosten betreffe. Für den Bäckerinnungsverbands Südwest fordert er daher eine Anhebung der Kilometerpauschale auf möglichst 38 Cent.



RLP hinkt beim Anteil beschäftigter Frauen hinterher

In den letzten Jahren ist die Zahl der Frauen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen immer weiter angestiegen. Mitte vergangenen Jahres waren in Rheinland-Pfalz 677.500 Frauen sozialversicherungspflichtig tätig, wie die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit mitteilte. Im Vergleich zum Jahr 2011 waren somit 102.200 Frauen oder 17,8 Prozent mehr erwerbstätig.

Insbesondere die Teilzeitbeschäftigung hat zugenommen. Vom Jahr 2011 bis 2021 erhöhte sich die Teilzeitbeschäftigung der Frauen um 82.850 oder 31,0 Prozent auf 350.200 Beschäftigte. Die Vollzeitbeschäftigung ist dagegen in diesem Zeitraum lediglich um 25.200 oder 8,3 Prozent auf 327.300 beschäftigte Frauen gestiegen. „Diese Zahlen belegen eindeutig, dass Teilzeitbeschäftigung unverändert eine Frauendomäne ist. Fast 81 Prozent der Teilzeitarbeitsverhältnisse werden von Frauen ausgeübt“, so Heidrun Schulz, Chefin der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland. „Frauen sind häufiger durch Kinderbetreuung und häusliche Pflege gebunden. Oft ist dies ein Grund für die Teilzeitbeschäftigung. Diese Teilzeitbeschäftigung birgt ein hohes Altersarmutsrisiko. Die mit verkürzter Arbeitszeit verbundenen Lohnneinbußen führen dazu, dass der Aufbau einer eigenständigen Alterssicherung oft nicht ausreichend ist.“

Mehr als die Hälfte der Frauen arbeiten im Gesundheits- und Sozialwesen, im Handel und im verarbeitenden Gewerbe. Gemessen an allen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen betrug der Anteil im Gesundheits- und Sozialwesen 27,0 Prozent, im Handel 15,4 Prozent und im Verarbeitenden Gewerbe 11,0 Prozent.

Die Beschäftigungsquote der Frauen in Rheinland-Pfalz betrug im Jahr 2021 55,4 Prozent und somit einen Prozentpunkt mehr als im Jahr 2020. Eine geringere Beschäftigungsquote wiesen lediglich Bremen mit 52,3 Prozent, das Saarland mit 54,2 Prozent und Nordrhein-Westfalen mit 54,4 Prozent aus. Bezogen auf Deutschland lag die Beschäftigungsquote der Frauen im letzten Jahr bei 58,0 Prozent.

„Diese Zahlen belegen, dass die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt gesteigert werden kann. Die Beschäftigungsquote der Männer lag mit 63,0 Prozent deutlich höher“, so Schulz. „Die Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt in den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern bieten Frauen vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten an. Diese reichen von Vermittlung und Beratung über notwendige Qualifizierung, Telefonaktionstage, frauenspezifische Veranstaltungen bis hin zu Bewerbungseminaren sowie Coachingmaßnahmen.“

Teilzeitausbildung als Chance

So werben die Beauftragten für Chancengleichheit auch für die Möglichkeit der Teilzeiterufausbildung. In diesen Fällen einigen sich Auszubildende und Betrieb auf eine individuelle Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit. Somit kann die Ausbildungszeit an die betrieblichen Abläufe und die Bedürfnisse der Auszubildenden angepasst werden. Eine Teilzeitausbildung ist in allen dualen Berufsausbildungen möglich. Sie führt zu einer Verlängerung der Ausbildungsdauer. Dabei spielen die schulische Vorbildung sowie eventuell vorhandene Berufserfahrung der Auszubildenden eine Rolle.

BA

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de